



**WER
HAT DEN RHEIN
BEFREIT ?**

Wer hat den Rhein
befreit?

Von Victor Schiff



J. H. W. Dietz Nachfolger G. m. b. H., Berlin SW 68
1930

Genau so wie auf deutscher Seite die Militärs und Schwerindustriellen gemeinsam für Annexionen französischen und belgischen Gebietes im Falle des Sieges der Zentralmächte kämpften, verlangten die französischen Heerführer und Industriearbete Annexionen deutschen Gebietes für den Fall der Niederlage Deutschlands. Und zwar genau mit den gleichen Vorwänden und aus den gleichen Erwägungen wie die Ludendorff, Stinnes und Hugenberg. Nur mit dem Unterschied, daß Deutschland infolge der wahnwitzigen annexionsistischen Pläne dieser Kreise den günstigen Augenblick für einen annehmbaren Frieden verpaßt und den Krieg bis zum totalen Zusammenbruch fortgesetzt hatte, so daß die deutschen Eroberungsziele nur noch als üble und belastende Erinnerung zurückblieben, während die Sieger, vor allem die Franzosen, in der Lage waren, die Erfüllung solcher imperialistischen Pläne praktisch zu betreiben.

Die französische Heeresleitung hatte schon während des Krieges behauptet, daß die Sicherheit Frankreichs, das nicht ganz 40 Millionen Einwohner zählte, gegenüber dem 65 Millionen starken Deutschland unmöglich für die Zukunft garantiert werden könnte, wenn das Reich seine Einheit in der bisherigen Form behalten würde. Nicht nur Elsaß-Lothringen — das ursprüngliche und angeblich einzige Kriegsziel Frankreichs — sollte wieder an Frankreich fallen, sondern auch

das gesamte linke Rheinufer sollte vom Reiche politisch losgelöst

und, wenn nicht direkt durch Frankreich annektiert, so doch zumindest als „Pufferstaat“ unter dem politischen Einfluß und der militärischen Kontrolle Frankreichs „selbständig“ gemacht werden. Das Saargebiet aber sollte überhaupt restlos Frankreich zufallen, zumal es ihm ja in der napoleonischen Zeit gehört hätte!

Die Militärs um Foch argumentierten damit, daß das Rheinland als strategisches Aufmarschgebiet für Deutschland in einem künftigen Krieg dienen könnte; und außerdem würde das Ruhrbecken, das Herz der deutschen Kriegsrüstungsindustrie, im Schutz eines deutschgebliebenen Rheinlandes ungestört die Vorbereitungen für die Revanche treffen können, während es die französische Sicher-

heit erfordere, daß die Ruhrindustrie dauernd in Tragschwereindustriellen Geschütze bleibe.

Die französische Schwereindustrie stand hinter diesen militärischen Forderungen, unterstützte sie durch die Propaganda einer von ihr finanziell abhängigen Presse, Einflußreiche Abgeordnete, Senatoren und Ministerialbeamte, die sich gleichfalls in materieller Abhängigkeit der französischen Hüthenbarone befanden, traten öffentlich für die Verwirklichung dieser Kriegsziele ein und hielten die Regierung und das Parlament unter Druck. So spielten die Schneider-Creuzot und die de Wendel bei Foch genau die gleiche Rolle wie einst die Stinnes und Hugenberg bei Ludendorff.

Noch in den letzten Monaten des Zaren-Regimes war es Frankreich gelungen, sich durch Geheimverträge mit seinem mächtigsten Bundesgenossen auf dem Kontinent, Rußland, dessen Unterstützung für dieses annexionsistische Programm zu sichern. Das ist durch ein schwerwichtiges Dokument nachgewiesen, das nach der russischen Revolution in den Archiven des Auswärtigen Amtes in Petersburg entdeckt und veröffentlicht wurde. Anfang 1917 war der damalige französische Minister des Außern, Doumergue, der jetzige Präsident der Republik, nach Petersburg gefahren; um von der Zaren-Regierung die Zustimmung zur Zerschütterung Westdeutschlands zu erlangen, das heißt also, um sich bei diesem Vorhaben die Unterstützung Rußlands gegen den erwarteten Widerstand Englands zu sichern. Natürlich war das zaristische Rußland dazu bereit, freilich nur unter der Voraussetzung, daß ihm Frankreich die gleiche Annexionsfreiheit gegen Österreich-Ungarn und im Osten Deutschlands gewähleiste.

Das vom damaligen Außenminister Prokrowski an den französischen Botschafter Paléologue am 16. Januar 1917 gerichtete Schriftstück besiegelte dieses typisch imperialistische Geschäft:

In der Note vom heutigen Tage waren Euer Exzellenz so freundlich, der Kaiserlichen Regierung mitzuteilen, daß die Regierung der Republik beabsichtigt, unter die Friedensbedingungen, welche Deutschland vorgetragen werden sollen, folgende Forderungen und Garantien territorialer Natur aufzunehmen:

1. Elsaß-Lothringen wird an Frankreich zurückgegeben.
2. Die Grenzen dieses Gebietes werden mindestens bis zum Umfang des früheren Herzogtums Lothringen ausgedehnt und sind nach den Wünschen der französischen Regierung festzusetzen, wobei die strategischen Notwendigkeiten berücksichtigt werden müssen, damit auch das ganze Eisenerzrevier Lothringens und das ganze Kohlenbecken des Saarreviers dem französischen Territorium einverleibt wird.

3. Die übrigen linksrheinischen Gebiete, die jetzt zum Bestande des Deutschen Reiches gehören, sollen von Deutschland ganz abgetrennt und von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland befreit werden.

4. Die linksrheinischen Gebiete, die dem Bestand des französischen Territoriums nicht einverleibt werden, sollen ein autonomes und neutrales Staatswesen bilden und solange von französischen Truppen besetzt bleiben, bis die feindlichen Reiche endgültig alle Bedingungen und Garantien erfüllt haben werden, die im Friedensvertrag angeführt sein werden.

Euer Exzellenz erklärt mir, daß die Regierung der Republik glücklich wäre, die Möglichkeit zu haben, auf die Unterstützung der Kaiserlichen Regierung bei der Durchführung ihrer Absichten rechnen zu können. Auf Befehl seiner Kaiserlichen Majestät, meines erlauchten Gebieters, habe ich die Ehre, im Namen der russischen Regierung auf die gegenwärtige Note Euer Exzellenz zu erklären, daß die Regierung der Republik auf die Unterstützung der Kaiserlichen Regierung bei der Durchführung ihrer oben dargelegten Absichten rechnen kann."

Unmittelbar vor dem deutschen Zusammenbruch, bei den diplomatischen Vorverhandlungen über den Abschluß eines Waffenstillstandes, hatten sich die Alliierten auf das Wilsonsche Friedensprogramm, auf die berühmten 14 Punkte, festgelegt. Für die französischen Annexionisten war diese Zusage ein schweres Hindernis. Denn bei loyaler Ausführung dieses Versprechens konnte von einer Losrennung dieses linksrheinischen Gebietes überhaupt keine Rede sein. Doch gaben sich die Militärs und Schwerindustriellen noch lange nicht geschlagen.

Das Ringen in Versailles

Das Ringen zwischen den Alliierten auf der Pariser Friedenskonferenz vom Winter und Frühjahr 1919 war zum großen Teil ausgefüllt mit den Debatten um das Schicksal des Rheinlandes. Gewiß gab es unzählige andere Fragen teils wichtigster, teils nebensächlicher Art, aber sie wurden von den „Großen Sechsen“, das waren die Ministerpräsidenten der fünf alliierten Großmächte sowie der amerikanischen Präsident Wilson, nur verhältnismäßig kurz besprochen und bald ihren technischen Beratern zur Erledigung überwiesen. Dagegen kämpfte Clemenceau persönlich wochenlang mit Lloyd George und Wilson um das Rheinland. Ursprünglich beabsichtigte der französische Ministerpräsident, die förmliche Losreibung des Rheinlandes durchzusetzen. Er brief sich dabei auf das Gutachten des interalliierten Oberkom-

mandierenden Foch, der die völlige Aufhebung der reichsdeutschen Souveränität über das Rheinland als unerläßliche Voraussetzung für die Sicherheit Frankreichs verlangte.

Dieser Forderung setzten Lloyd George und Wilson hartnäckigen Widerstand entgegen, Wilson, weil er einen allzu offenkundigen Bruch seines verbrieften Friedensprogramms verhindern wollte, Lloyd George, weil England traditionelle Politik der Errichtung einer übermächtigen kontinentalen Vorherrschaft in Europa nicht zuleiß.

Doch Foch und seine Generale ließen nicht locker. Sie wollten die diplomatischen Widerstände dadurch überwinden, daß sie eine vollendete Tatsache schufen.

Daher die ersten Versuche, separatistische Putsche zu inszenieren.

Die gleichzeitige Aktion des Staatsanwaltes Dorten in Koblenz und des Chemikers Dr. Haas in Speyer fand Ende Mai 1919 statt, d. h. auf dem Höhepunkt des Kampfes zwischen Clemenceau und Lloyd George-Wilson in Paris. Dorten war der Strohmann des Generals Mangin, Haas der Strohmann des Generals Gérard.

Beide Putschversuche scheiterten kläglich, nicht zuletzt an der Abwehr der rheinischen Arbeiterschaft.

Es waren sozialdemokratische und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter aus Speyer und Ludwigshafen,

die bei dem ersten Gerücht von dem geplanten Separatistenputsch nach Landau eilten und den Separatistenführer Haas beim Betreten des Regierungsgebäudes, wo er die „Freie Pfälzische Republik“ ausrufen wollte, jämmerlich verprügelten.

Die Rheinländer und Pfälzer, die über ein gutes Gedächtnis verfügen, werden sich erinnern, daß in bürgerlichen Kreisen die Stimmung damals zum Teil recht schwankend war. Nicht ohne Erfolg verstanden es die Besatzungsbehörden, in Besprechungen und Aufrufen sich als die Beschützer des Privateigentums aufzuspielen, und das besetzte Gebiet als ein „Hort der Ruhe und Ordnung“ im Vergleich zu der angeblich drohenden bolschevistischen Anarchie im rechtsrheinischen Deutschland hinzustellen. Darüber hinaus spielten Erwägungen religiöser Art eine nicht unbedeutende Rolle: Man stellte die Berliner Regierung systematisch als eine fanatisch-atheistische Clique hin, die die Religion mit Stumpf und Stiel ausrotten wolle. Bei manchen frommen Bauern an der Mosel und in der Eifel hat diese Propaganda zweifellos Erfolg gehabt, zumal der niedere Klerus sich stellenweise daran beteiligte. Diese Gefahr nahm später, während der Versailler

Verhandlungen und der ersten Separatistenputsche, so bedrohliche Formen an, daß der Leiter der deutschen Friedensdelegation, Graf Brockdorff-Rantzau, einmal besonders von Versailles nach Köln fuhr, um in persönlicher Rücksprache mit dem Erzbischof Hartmann letzteren auf die schwerwiegenden Folgen dieser Agitation aufmerksam zu machen und um sein Eingreifen zu bitten. Der greise Kirchenfürst sagte dem Reichsaußenminister dafür seine Unterstützung zu.

Das Scheitern der ersten separatistischen Unternehmungen während der Friedensverhandlungen war ein schwerer Schlag für die französischen Annexionspläne. Wilson, der durch Berichte des amerikanischen Oberkommandierenden in Koblenz, General Liggett, über die Drahtzieherrolle der französischen Generäle unterrichtet worden war, lehnte nunmehr im Verein mit Lloyd George endgültig jede Lösung des Rheinlandes vom Deutschen Reiche ab. Aber nach schweren Kämpfen und längerem Hin und Her, als Clemenceau immer wieder auf die Gefährdung der französischen Sicherheit und auf die viel größeren Opfer an Menschenleben hinwies, die Frankreich im Kriege gebracht habe, willigten Lloyd George und Wilson schließlich in ein doppeltes Zugeständnis ein: einerseits ein militärisches Defensivbündnis zu dritt zugunsten Frankreichs, andererseits

eine fünfzehnjährige Besetzung des Rheinlandes,

das in drei Zonen eingeteilt wurde, von denen die erste (Köln-Bonn nebst rechtsrheinischem Brückenkopf) nach fünf Jahren, die zweite (Koblenz-Aachen) nach zehn Jahren, die dritte (Trier-Kaiserslautern-Mainz-Wiesbaden) nach fünfzehn Jahren geräumt werden sollte.

Foch gab sich mit diesem Kompromiß nicht zufrieden. Es kam zu erregten Auftritten zwischen ihm und Clemenceau, bei denen der Generalissimus dem Ministerpräsidenten und Kriegsminister „Verrat der nationalen Belange“ vorwarf und ihm sogar mit dem Staatsgerichtshof drohte. Doch wußte Clemenceau nur zu gut, daß er von seinen Bundesgenossen nicht mehr würde erreichen können und außerdem widerstrebe ihm, dem autoritären Staatsmann, dieses typisch militaristische Auftreten von Foch, der als General seine Kompetenzen weit überschritt und der zivilen Regierung seinen Willen aufzuzwingen versuchte. Er warf Foch förmlich zur Tür hinaus. Ihre aus den damaligen Zusammenstößen herrührende Feindschaft hat sich über den Tod der beiden hinaus fortgesetzt, indem sie sich in ihren postumem Memoirenwerken gegenseitig mit Anklagen überschütteten.

Bei den tragischen Kämpfen in der Nationalversammlung von Weimar um die Unterzeichnung oder Ablehnung des

Versailler Diktates spielte die Sorge um die Einheit des Reiches und namentlich um das Rheinland die hervorstechendste Rolle. Es war kein Zufall, daß die meisten Abgeordneten aus West- und Südwestdeutschland, das heißt aus den besetzten oder von weiterer Besetzung bedrohten Gebieten, für die Unterzeichnung waren. Sie befürchteten, daß bei Ablehnung chaotische Zustände in Deutschland einreißen würden, so daß das besetzte Rheinland nicht länger den separatistischen Bestrebungen würde widerstehen können. Durch einen militärischen Vorstoß entlang der Mainlinie wollten die Franzosen im Falle der Ablehnung Norddeutschland von Süddeutschland trennen. Die politische und wirtschaftliche Einheit des Deutschen Reiches wäre damit auf Jahrzehnte hinaus zerstört worden, und was dabei aus dem Rheinland geworden wäre, kann man sich unsicher vorstellen: es wäre als reife Frucht in den Schoß der Okkupationsbehörden gefallen. Ganz im Sinne der ursprünglichen französischen Kriegsziele.

Um diese Katastrophe zu verhindern, haben die zwei in Weimar führenden Parteien, die Sozialdemokratie und das Zentrum, schweren Herzens den Ausschlag für die Unterzeichnung gegeben. Die Nationalisten haben zwar damals die patriotischen Motive der Mehrheit ausdrücklich anerkannt, sich aber später — als die unmittelbar drohende Gefahr längst vorüber war — nicht scheut, die Jäger von Weimar als Landesverräter zu beschimpfen.

Aber vor der Geschichte steht fest, daß die Mehrheit der Deutschen Nationalversammlung unter Führung der Sozialdemokratie durch diese Tat das Rheinland für Deutschland gerettet und damit die erste Voraussetzung geschaffen hat, die elf Jahre später die friedliche Befreiung des letzten von fremden Soldaten noch besetzten Restes deutschen Bodens ermöglicht hat.

Fünf schwere Jahre

Die französischen Besatzungsbehörden hätten es gewiß lieber gesehen, wenn Deutschland die Unterzeichnung abgelehnt hätte, der Kriegszustand somit wieder in Kraft getreten wäre und sie zur militärischen Besetzung weiterer deutscher Provinzen, vor allem des Ruhrgebietes, hätten schreiten können. Einstweilen mußten sie sich mit dem begnügen, was ihre Staatsmänner in Versailles erreicht hatten, mit der fünfzehnjährigen Besetzung. Und nun galt es für sie, das Maximum aus den durch den Vertrag geschaffenen Tatsachen herauszuholen. Ihr Ziel blieb unverrückbar dasselbe: die Los-

Lösung des Rheinlandes vom Reiche. Die Unterzeichnung des Vertrages war zwar ein erhebliches Hindernis, aber es ließ sich ja trotzdem noch allerhand erreichen. Fünfzehn Jahre Besetzung — in dieser Zeit konnte sich vieles in Deutschland ereignen! Durch eine rücksichtslose Politik gegen das Reich konnte man das unbesetzte Gebiet zur Verzweiflung treiben, konnte man rechts des Rheins ein politisches und wirtschaftliches Chaos schaffen, und bei gleichzeitiger geschickter Förderung der Separatisten konnte man schließlich zu seinem ursprünglichen Losreisungsziel doch noch gelangen!

Überhaupt: waren nicht die Vertragsklauseln über die Räumungsfristen **auslegungsfähig**? Hatten nicht die Verfasser des Vertrages vorsorglich Wendungen in die einschlägigen Bestimmungen eingeschmuggelt, die es ermöglichten, die Besetzung nach Belieben zu verlängern? Es sollte ja erst geräumt werden, wenn Deutschland die Bestimmungen des Vertrages erfüllt. Gottlob, es fehlte ja nicht an Bestimmungen, die **offenkundig unerfüllbar** sein würden. Also würde es nicht schwer fallen, Vorwände zu finden, um die Besetzung zu verlängern.

Dies war der klare Sinn, die unverkennbare Absicht der offiziellen Politik Frankreichs in den ersten Jahren nach dem Kriege. Die französischen Novemberwahlen von 1919 hatten, dank einem von der Reaktion geschickt ausgenutzten sinnlosen Wahlsystem, eine **Zweidrittelmehrheit** für eine **nationalistische** Gewaltlose Minderheit gebracht. Die Linke befand sich in einer hoffnungslosen Minderheit. Die Radikalen unter Führung Herriots befanden sich damals in außenpolitischen Fragen noch zu sehr im Banne der Vorstellungen aus der Kriegszeit, als daß sie, selbst wenn sie stärker gewesen wären, einen einflußreichen Widerstand gegen die imperialistischen Pläne Millerands, Poincarés und Fochs hätten leisten können. Die einzige Partei, die von Anfang an für eine wirkliche **Versöhnungspolitik** eintrat, die die Mächtschaften der Besatzungsbehörden öffentlich brandmarkte und die gegen die imperialistischen Ungerechtigkeiten des Versailler Diktates gestimmt hatte, war die **Sozialistische Partei**. Leider war sie immer mehr unter den Einfluß bolschewistischer Tendenzen geraten und sie hatte sich so vollständig isoliert, daß es für die Reaktion ein Leichtes war, gegen sie die Vorteile des neueingeführten Wahlmodus auszunützen und sie bei den Wahlen vernichtet zu schlagen: es kehrten nur etwa 70 Sozialisten in ein Parlament von über 600 Mitgliedern zurück, obwohl sie viele Hunderttausend Stimmen mehr erhielten als bei den letzten Wahlen im Mai 1914, wo sie über 100 Mandate erobert hatten. Als Ende 1920 die **Spaltungswut** der Moskauer Internationale sie in Mittel- und West-

europa austobte, blieb nur noch ein Häuflein von zirka 50 Abgeordneten treu zur Fahne des internationalen Sozialismus,

eine zahlenmäßig hoffnungslose Minderheit, die aber in all den Jahren hindurch das Gewissen des demokratischen und versöhnungsbereiten Frankreichs verkörperte.

Und blieben sie auch zunächst machtlos gegen eine erdrückende Parlamentsmehrheit von Anbetern der siegreichen Generale und von Hörigen der machtlüsternen Schwerindustrie, so gelang es ihnen doch nach und nach, sich bei den breiten Massen der französischen Demokratie Gehör zu verschaffen und die Stimmung reif für den späteren Umschwung zu machen.

Vorerst aber konnten die Generale, Staatsmänner, Diplomaten und Großkapitalisten Frankreichs ihre Pläne fast ungehindert weiter verfolgen. Die einseitige juristische Auslegung der Räumungsklausel fand in dem Munde des damals einflußreichsten Franzosen, **Raymond Poincaré**, eine furchtbare Formulierung: **Die Räumungsfristen von fünf, zehn und fünfzehn Jahren haben keineswegs mit dem offiziellen Inkrafttreten des Versailler Vertrages am 10. Januar 1920 zu laufen begonnen, wie es sich die Deutschen einbilden. Sie werden erst mit dem Tage zu laufen anfangen, an dem Deutschland seine gesamten Vertragsverpflichtungen politischer, militärischer, und finanzieller Art erfüllt haben wird.** Also: erst fünfzehn Jahre nach der Bezahlung des letzten Pfennigs aus seiner 132-Milliarden-Schuld wird Deutschland die Räumung seines Territoriums beanspruchen können!

Diese **grausame juristische These** stand nicht nur in schreiendem Widerspruch zum klaren Sinn des Vertrages — denn die Aufbringung der gesamten Reparationslast innerhalb fünfzehn Jahre nach dem Inkrafttreten des Friedens war ja volkswirtschaftlich von vornherein ausgeschlossen —, sie war auch widerlegt durch eine **ausdrückliche Vereinbarung**, die am 16. Juni 1919, also am Tage der Überreichung der endgültigen Friedensbedingungen an Deutschland, zwischen Wilson, Lloyd George und Clemenceau unterschrieben worden war. Dieses Dokument lautet:

„Erklärung der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Groß-Britannien und Frankreich hinsichtlich der Besetzung der Rheinprovinz:

Die alliierten und assoziierten Mächte bestanden nicht darauf, daß die Zeit der Besetzung bis zur völligen Erfüllung der Entschädigungsklauseln dauern solle, weil sie angenommen haben, daß Deutschland genötigt sein werde, jeglichen Beweis seines guten Willens und jede notwendige Bürgschaft vor dem Ende der Dauer von fünfzehn Jahren zu geben.

Da die Kosten der Besetzung eine gleich große Verminderung des für die Entschädigungen verfügbaren Betrags bedeuten, so haben die alliierten und assoziierten Mächte in Artikel 431 des Vertrages festgesetzt, daß, wenn Deutschland vor dem Ende der fünfzehnjährigen Periode alle seine Vertragsverpflichtungen erfüllt habe, die Besatzungstruppen unverzüglich zurückgezogen werden sollen.

Wenn Deutschland zu einem früheren Zeitpunkt Beweise von seinem guten Willen und befriedigende Bürgschaft für die Erfüllung seiner Verpflichtungen gegeben hat, so werden die in Betracht kommenden alliierten und assoziierten Mächte bereit sein, unter sich ein Abkommen zur früheren Beendigung der Zeit der Besetzung abzuschließen.

Sie schließen jetzt und für die Zukunft, um die Last der Entschädigungskosten zu erleichtern, das Abkommen, sobald die in Betracht kommenden alliierten und assoziierten Mächte die Überzeugung gewonnen haben, daß die Entwaffnungsbedingungen von Deutschland in zufriedenstellender Weise erfüllt werden, der jährliche Betrag der von Deutschland zur Deckung der Besatzungskosten zu entrichtenden Summe 240 Millionen Mark (Gold) nicht übersteigen soll.

Diese Abmachung kann geändert werden, wenn sich die alliierten und assoziierten Mächte über die Notwendigkeit einer solchen Abänderung einigen.

16. Juni 1919.

(gez.) Woodrow Wilson; D. Lloyd George; Georges Clemenceau.

Gegenüber diesem Schriftstück, das ausdrücklich nur von „ausreichenden Bürgschaften“ spricht, hielt die These Poincarés nicht stand. Freilich wurde diese Vereinbarung lediglich als eine „interne“ Angelegenheit der Großmächte behandelt, sie hatte „nur“ eine moralische Gültigkeit, keine völkerrechtlich bindende Kraft, zumal sie Deutschland vorenthalten wurde, das erst viele Jahre später durch den Zufall einer Enthüllung in England öffentlich Kenntnis davon erhielt.

Zunächst war also die Politik Frankreichs darauf gerichtet, deutsche „Verfehlungen“ zu provozieren, nicht allein auf finanziellen, sondern auch auf politischem und militärischem Gebiete. Die scheinbar sinnlose Forderung der Auslieferung von „Kriegsverbrechern“ auf Grund einer Liste, die sorgfältig so zusammengestellt war, daß man von vornherein wußte, Deutschland würde dieses Verlangen nicht erfüllen können, diente nur dem machiavelistischen Zweck, einen deutschen „Vertragsbruch“ zu schaffen, auf den man in Zukunft immer wieder pochen können, um die Räumung zu verweigern, auch wenn durch ein Wunder alle übrigen Verpflichtungen restlos erfüllt werden würden.

In dem Bestreben, sich immer mehr juristische Vorwände für ihre Politik der ewigen Rheinlandbesetzung zu sichern, gingen die damaligen Machthaber Frankreichs noch einen

Schritt weiter. Im Laufe einer ziemlich heftigen Polemik zwischen Poincaré und Tardieu in den Spalten des „Temps“ über die Vorzüge oder Nachteile des Werkes von Versailles wurde sogar die Behauptung aufgestellt, daß die Räumungsverpflichtung des Friedensvertrages dadurch hinfällig geworden sei, daß sich die Vereinigten Staaten nachträglich geweigert hätten, den Vertrag und das französisch-englisch-amerikanische Defensivbündnis zu ratifizieren. Frankreich, so wurde argumentiert, habe sich nur wegen dieses Defensivbündnisses schließlich bereitgefunden, auf die Lösung des Rheinlandes vom Reiche zu verzichten und sich mit dem bloßen Besatzungsrecht zu begnügen; indem aber der amerikanische Senat Wilson im Stiche ließ und das Abkommen zu dritt unter den Tisch fiel, habe Frankreich wieder volle Handlungsfreiheit erlangt!

Wie ernst das Frankreich des Nationalen Blocks es mit dieser Politik der systematischen Loslösung meinte, beweist die Entwicklung in den ersten vier Jahren nach dem Inkrafttreten des Vertrages. Es lauerte geradezu auf Vorwände, um die Besetzung nicht nur zu verschärfen, sondern sogar noch zu erweitern. So waren bei der Abwehr des verbrecherischen Kapp-Abenteuers einige militärische Vertragsbestimmungen verletzt worden. Der Ministerpräsident Millerand ließ daraufhin unverzüglich die französischen Truppen im Maingau voranmarschieren und Frankfurt a. M. besetzen! Es gelang zwar durch das energische Eingreifen der damaligen deutschen Regierung Hermann Müller, die sich beschwerend an die Gesamtheit der Alliierten wandte, die Rückgängigmachung dieser ungerechten Strafmaßnahme bald danach zu erreichen. Doch blieb die Ausdehnung der Besetzung fortan das ständige, hartnäckig bei jeder Gelegenheit und unter jedem Vorwand verfolgte Ziel der französischen Generalpolitik. Nur, daß in der Folge weniger das politisch-imperialistische Streben der Reichszerstörung im Süden als das wirtschaftlich-imperialistische Streben der Kontrolle über die Ruhrindustrie in den Vordergrund trat. Auf der Konferenz von Spa im Juli 1920 drohte bereits die Besetzung des Ruhrgebietes, weil die deutschen Kohlenindustriellen unter Führung von Hugo Stinnes die Lieferung der vertraglichen Ruhrkohlenmengen für unmöglich erklärten.

Dreiviertel Jahr später, im März 1921, erfolgte wegen der Weigerung der Regierung Fehrenbach-Simons, das Londoner 132-Milliarden-Diktat anzunehmen, die Besetzung der drei wichtigsten Ruhrkohlenhäfen Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort und schließlich, Anfang 1923, die bis dahin abgewandene Besetzung des ge-

samen Ruhrgebietes. Alle diese Ereignisse, die nicht nur katastrophale wirtschaftliche, finanzielle und innerpolitische Folgen nach sich zogen, sondern uns auch außenpolitisch von dem Ziel der Rheinlandräumung immer weiter zurückwarfen, verdienen eine eingehendere Würdigung. Es wird gezeigt werden müssen, wie durch eigene Fehler der Reichspolitik das Spiel der französischen Imperialisten erleichtert wurde und wie erst durch das zielbewusste Festhalten der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie an den Grundsätzen der Verständigungspolitik die Überwindung dieser furchtbaren Krise ermöglicht wurde.

Vorerst wollten wir vor allem denen, die heute dazu neigen, die erreichte Räumung des gesamten Rheinlandes gering zu schätzen und sie gewissermaßen als eine Selbstverständlichkeit hinstellen, aufzeigen, wie ungeheuer groß die Gefahr war, in der Deutschland und das Rheinland dadurch schwebten, daß sich Frankreich ein fünfzehnjähriges Besetzungsrecht gesichert hatte.

Am Rande des Chaos

Wie war es möglich, daß sich der französische Nationalismus in den ersten fünf Jahren nach dem Kriege so ungehemmt ausleben konnte, während in den darauffolgenden fünf Jahren die Verunft auch bei den Siegern wieder allmählich die Oberhand gewann?

Gewiß, die Kriegs- und Siegespsychose erklärt vieles, und es ist ganz natürlich, daß die Zeit auch diese Krankheit fort-schreitend heilte.

Diese Psychose war auch, zugleich mit den Eigenartigkeiten und Ungerechtigkeiten der Wahlsysteme, Schuld daran, daß bei den ersten Volksbefragungen nach dem Kriege in den zwei wichtigsten Ländern Westeuropas, in Frankreich und England, die reaktionäre und nationalistische Bourgeoisie die sozialistische Arbeiterklasse und das demokratische Bürgertum an die Wand drücken konnte. Es ist hier schon geschildert worden, wie in Frankreich eine Zweidrittelmehrheit des Nationalen Blocks ans Ruder gelangte. Aber auch in Großbritannien hatten zur Jahreswende 1918-1919, sehr bald nach dem Waffenstillstand, Neuwahlen stattgefunden, die man „Khakiwahlen“ nannte, weil die noch nicht entlassenen Heeresangehörigen ihr Wahlrecht ausüben konnten. Auch dort erlitt der Sozialismus eine furchtbare Niederlage, obwohl er rein stimmenmäßig einen beträchtlichen Zuwachs gegenüber 1911 aufweisen konnte. Aber Lloyd George, der ein Koalitionsministerium von Konservativen und Rechtsliberalen leitete,

nützte das englische System aus, um mit Koalitions-kandidaten die sozialistische und die linksliberale Opposition aus dem Parlament zum größten Teil auszuschalten. Letztere stellten zusammen kaum ein Fünftel der Mandate. Insbesondere die bekanntesten Führer der Arbeiterpartei — Macdonald, Snowden, Jowett — überhaupt fast alle jene, die während des Krieges für einen Verständigungsfrieden eingetreten waren, wurden durch Koalitions-kandidaten geschlagen.

Das Ergebnis der englischen „Khakiwahlen“ war schon ein schwerer Schlag für die europäische Verständigungspolitik. Als aber weniger als ein Jahr später derselbe Vorgang sich in Frankreich wiederholte und nun auch der französische Sozialismus in der Deputiertenkammer zu einer zahlenmäßig aussichtslosen Minderheit herabgedrückt wurde, da war es für ganz Europa eine wahre Katastrophe. Denn nun hatten die Nationalisten in den zwei wichtigsten Siegermächten freie Bahn.

Indem die französischen und englischen Gesinnungs- und Klassengenossen der deutschen Nationalisten, Militaristen, Schwerindustriellen, Großagrarien und Spießbürger parlamentarisch übermächtig wurden, wurde das deutsche Volk von den Siegern niedergetrampelt, wurde das Rheinland drangsaliert, wurde die Besetzung verschärft und erweitert.

Erst als die französischen und englischen Gesinnungs- und Klassengenossen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter wieder stark wurden, durfte das deutsche Volk wieder außenpolitisch aufatmen, wurde der Druck auf das Rheinland gemildert, wurde endlich wieder an die Räumung des besetzten Gebietes gedacht.

Doch wir wollen bei der Schilderung dieser Entwicklung den Ereignissen nicht vorgreifen. Wir werden diese entscheidende Behauptung noch mit Tatsachen und Daten beweisen, wir werden zeigen, wie die Kurve des deutschen Niederganges ihren Tiefpunkt mit dem Tage erreichte, an dem das „Khaki-Parlament“ in England abgelöst wurde von einem neuen Unterhaus, in dem die ungeheuer erstarkte sozialistische Arbeiterpartei zum ersten Male in der englischen Geschichte regierte; und wie die Kurve des deutschen Wiederaufstieges, die damals langsam einsetzte, einen kräftigen Schwung erhielt, als bald danach auch in Frankreich der Sozialismus mächtig erstarkte und auf die Regierungspolitik einen unmittelbaren Einfluß gewann.

Vorerst müssen aber noch die schweren und trüben Jahre geschildert werden, in denen das französische Bürgertum den Militaristen am Rhein freie Hand gewährte und die französische Schwerindustrie ihre Pläne zu verwirklichen suchte.

Unter den verheerenden psychologischen Wirkungen des Friedensdiktates hatten Millionen von Deutschen, die nach der

Revolution einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgeben hatten, sich wieder dem Bürgertum oder dem Bolschewismus verschrieben. Sie gingen den Demagogen ins Garn, die die Sozialdemokratie für alles Elend verantwortlich machten, das der verlorene Krieg über das deutsche Volk heraufgeschworen hatte. Sie übersahen, daß die Sozialdemokratie das furchtbarste Erbe der Weltgeschichte hatte antreten müssen. Die Schuldigen an der militärischen Katastrophe, die geschlagenen Generäle, die bankrotten Uboorkriegfanatiker und einstmals annexionslusternen Schwerindustriellen erfanden die infame Dolchstoßlüge. Mit ihren gereiteten Kriegsgewinnen und ihren neu erworbenen Inflationsgewinnen finanzierte die ehemalige Rüstungsindustrie diese unehrliche und schmutzige Propaganda gegen die Sozialdemokratie. Die Bolschewisten wiederum stellten die Dinge so dar, als ob noch auf dem wirtschaftlichen Trümmerhaufen, den der verlorene vierjährige Weltkrieg gerade in Deutschland hinterlassen hatte, die sozialistische Gesellschaftsordnung, in der jeder Proletarier glücklich und frei wäre, errichtet werden konnte; das Zauberwort „Weltrevolution“ sollte alles wieder gutmachen, das imperialistische Friedensdiktat zerreißen. Voraussetzung dafür war nur die Verjagung der an allem schuldi gen sozialdemokratischen Verräterbozzen.

In diesem Trommelfeuer der Verleumdung von bürgerlicher und kommunistischer Seite hatte es die Sozialdemokratie nicht leicht, eine Außenpolitik zu predigen, die alles eher denn völkertümlich sein konnte, weil sie an die Vernunft von Menschen appellierte, die durch Hunger und Elend, durch Demütigungen und Herausforderungen in eine ständig wachsende Verzweiflung getrieben wurden.

„Erfüllungspolitik“ — ja, dieses Schlagwort mußte in diesen Jahren einen furchtbar ominösen Klang haben, als Deutschland unerfüllbaren Forderungen gegenüberstand und mit jeder Woche, mit jedem Tag seine Währung schwinden sah, und dabei dauernd unter dem Damoklesschwert von „Sanktionen“, von neuen Besetzungen seines Gebietes stand.

Und doch — es blieb uns keine andere Wahl als eine Politik der versuchten Erfüllung, wollten wir die Lage Deutschlands nicht verschlimmern, wollten wir noch grausamere Demütigungen, noch größeres Elend abwenden, wollten wir Zeit gewinnen bis zu dem von uns erhofften außenpolitischen Umschwung, an dem man wieder auf die Befreiung des Rheinlandes würde hinarbeiten können.

An dieser verspotteten und verleumdeten „Erfüllungspolitik“ hat die Sozialdemokratie in der Tat fast allein festgehalten, als nach und nach alle anderen die Ge-

duld und die Nerven verloren und die Flinte ins Korn warfen, „komme, was kommen mag“.

Das „stolze, entschlossene deutsche „Nein!“, das alle Bierbankpolitiker unter Führung der Deutschnationalen als Losung ausgaben und der „schmuckvollen“ Erfüllungspolitik entgegenstellten, sollte mit einem Schlage die Wendung zum Besseren herbeiführen.

Dabei hatten wir schon einmal die Folgen des „stolzen, entschlossenen deutschen „Nein!“ zu spüren bekommen, als Außenminister Dr. Simons bei seiner Rückkehr aus London im März 1921 am Potsdamer Bahnhof vom nationalistischen Publikum stürmisch gefeiert wurde, dafür aber die drei großen Ruhrkohlenhäfen neu besetzt worden waren!

Aber darauf kam es den schwarzweißroten Schreibern und Hetzern nicht an. Sie wollten vor allem den Zorn der notleidenden Massen von den wirklich Schuldigen ablenken und die Führer der Republik infamieren. Als ersten Erfolg konnten sie ja nach den Reichstagswahlen vom Juni 1920, also schon 1½ Jahre nach der Revolution, die Bildung einer „sozialistenreinen“ Reichsregierung Fehrenbach-Scholz feiern. Doch mußte im Mai 1920 diese Regierung hilflos abtreten: sie hatte uns die Besetzung Disseldorfs, Duisburgs und Ruhrorts eingebracht, aber das Londoner Reparationsultimatum von 132 Milliarden dennoch nicht abgewehrt; jetzt drohte die Besetzung des gesamten Ruhrgebietes.

Um dieses Unglück, das schon in den Tagen von Spaegrodt hatte, abermals zu verhindern, sprang wieder die Sozialdemokratie in die Bresche. Zusammen mit dem Zentrum (Wirth) und den Demokraten (Rathenau) verkündete die Sozialdemokratie die bittere, aber unentrinnbare Notwendigkeit der „Erfüllungspolitik“. Die ersten Anzeichen einer langsam reifenden Einsicht machten sich auf der anderen Seite bemerkbar. Unter dem Druck des italienischen Ministerpräsidenten Nitti, dem Lloyd George sekundierte, war Briand bereit, das Reparationsproblem endlich zum Gegenstand einer wirtschaftlichen Diskussion mit Deutschland zu machen. Vorbesprechungen über eine internationale Konferenz wurden bereits in Gannes mit Walther Rathenau abgehalten. Aber die französischen Militaristen und Schwerindustriellen witterten Gefahr für ihre Pläne im Rheinland und an der Ruhr. Briand wurde durch Millerand und Poincaré gestürzt, bald darauf auch Nitti, die nach Genua eiberufene Konferenz durfte sich infolge des Vetos Poincarés nicht mit dem Reparationsproblem befassen. Um das Unglück voll zu machen, wurde Rathenau, der trotz aller widerlichen Umstände Deutschland mit starkem mo-

ralischem Erfolg in Genua vertreten hatte, bald nach seiner Rückkehr nach Deutschland von Hakenkreuzlern ermordet. In Italien siegte der nationalistische Faschismus, in England wurde Lloyd George durch die Konservativen aus der Regierung ausgeschafft und durch ein Kabinett abgelöst, dem ein gutes Verhältnis mit Frankreich wichtiger als alles andere war.

Das deutsche Bürgertum verlor die Nerven. Auch die Mittelparteien begannen, sich von der unpopulären „Erfüllungspolitik“ loszusagen und zogen die Annäherung an die Rechte vor. Die Sozialdemokratie wurde wieder einmal in die Opposition gedrängt, Stinnes und Helfferich regierten die Stunde. Das Kabinett Cuno, ein hilfloses Werkzeug des Großkapitals, hatte zwar nicht den Mut zu dem „stolzen, deutschen Nein“, aber steuerte bewußt auf den Reparationskonflikt mit Frankreich los.

Sechs Wochen nach der ahermaligen Ausschiffung der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung erfolgte bei dem ersten Anlaß der französisch-belgische Einmarsch ins Ruhrgebiet.

Die schwarzweißroten Parteien jubelten. „Gott erhalte uns Poincaré!“ rief die „Deutsche Zeitung“, das Organ des Alldeutschen Verbandes, bei der Nachricht des Franzosen-einmarsches in Essen, Bochum und Dortmund aus. Denn die Deutschnationalen hofften, daß aus dem außenpolitischen Abenteuer der große innerpolitische Kladderadatsch entstehen würde, bei dem eine militärisch-großkapitalistische Diktatur

der Republik und dem Sozialismus endlich den Garaus machen

würde. Was Kapp und Ludendorff aus eigener Kraft nicht vermocht hatten, das würde mit Hilfe Poincarés und Fochs schon erreicht werden.

Dennoch hat die sozialistische Arbeiterschaft an der Ruhr ihre bewährte Treue zum deutschen Volke auch in dieser Situation nicht verleugnet. Sie war es, die aus Protest gegen diesen Gewaltakt des Militarismus den passiven Widerstand leistete. Ihre Abneigung gegen das Militär hatte sogar das wilhelminische Deutschland davon abgehalten, in Friedenszeiten Garnisonen in den großen Industriestädten des Kohlen- und Hüttenreviers zu unterhalten. Sollte sie sich jetzt vor dem französischen Militarismus beugen und unter dem Zwang der fremden Bajonette Reparationskohle fördern? Nein, sie trat in den Generalstreik ein, und die ganze Welt blickte nun gespannt auf diesen

ergreifenden Kampf zwischen dem unbewaffneten, feiernden westfälischen Proletariat und den siegreichen, einmarschierten französischen Divisionen.

Auch in dem schon früher besetzten Rheinland unterstützten die Eisenbahner durch passive Resistenz den Kampf ihrer Volks- und Klassengenossen im Ruhrgebiet. Sie ließen sich lieber einsperren und ausweisen, als daß sie den Befehlen der Besatzungsbehörden Folge leisteten. Hunderte von Gewerkschaftsführern verbrachten viele Wochen in den französischen Gefängnissen, weil sie die Bewegung der passiven Resistenz leiteten.

Es war auch nicht das besitzende Bürgertum, es war nicht die leitende Bürokratie, es war nicht der Klerus, der auf die Straße ging, als die separatistischen Banden in Aachen, in Koblenz, in Bonn, in Düsseldorf, in Speyer unter dem Schutze der französischen Soldaten und Gendarmen, mit Gewehren und Revolvern der Besatzungsarmee bewaffnet, zu neuen Putschen losschlug, die ungleich gefährlicher waren als alle ähnlichen Unternehmungen aus der Zeit der Friedensverhandlungen:

es waren die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die unter Einsatz ihres Lebens dieses neue Attentat auf die Einheit ihres Vaterlandes niederschlugen.

Wieder einmal bewahrheitete sich das Wort eines sozialistischen Dichters aus der Kriegszeit,

„daß Deutschlands ärmster Sohn auch sein treuester war“.

Der passive Widerstand war eine spontane, aber auch notwendige Geste des Protestes gegen militärische Willkür, es war ein Appell an das Weltgewissen, das seine aufrüttelnde Wirkung vor allem auf die Arbeiter der übrigen Länder nicht verfehlte, wie Hunderte von Reden, Artikeln und Beschlüssen von Sozialisten und Gewerkschaftlern des neutralen und auch des alliierten Auslandes in der damaligen Zeit bewiesen.

Aber der passive Widerstand konnte natürlich nicht ewig fortgesetzt werden. Er hätte von einer geschickten Regierung ausgenutzt werden sollen, um bei der ersten sich bietenden Gelegenheit neue Verhandlungen zu suchen. Als moralische Unterstützung dieser Verhandlungen war die Abwehrbewegung der Arbeiterschaft auch gedacht. Aber die Cuno-Regierung erwies sich als unfähig, die sich ihr bietenden Gelegenheiten zu ergreifen. Unter Helfferichs Einfluß gab sie die unvorsichtige und aussichtslose Parole aus: Erst Räumung des Ruhrgebietes, dann Verhandlungen!

Unterdessen vollzog sich die

Vernichtung des deutschen Volksvermögens durch die Notenpresse.

Der Dollar, der vor Rathenaus Ermordung auf 300 Papiermark stand und zu Beginn der Ruhrbesetzung auf etwa 1000 gestiegen war, kletterte mit phantastischen Sprüngen auf 20000, 100 000, eine Million, fünfzig Millionen, zweihundert Millionen, eine Milliarde, vier Milliarden. Und keine bürgerlich Regierungspartei hatte den Mut, den deutschen Macht-habern Einhalt zu gebieten, aus Angst vor der neuen drohenden Dolchstoßlegende der Deutschnationalen und Hakenkreuzler. Bis schließlich der ins Billionenfache gesteigerte Währungs- verfall und die dadurch bedingte entsetzliche Not in den Augusttagen bei den Mittelparteien plötzlich über Nacht die Überzeugung dämmerte, daß es so nicht weitergehe und so mußte wieder die Sozialdemokratie helfen, den Karren aus dem Dreck zu ziehen. In dieser hoffnungslosen Lage stellte die Sozialdemokratie abermals die Rettung des deutschen Volkes höher als alle partei- egoistischen Erwägungen, und sie entsand vier Minister in das von Stresemann gebildete Kabinett der Großen Koalition.

Nur zehn Wochen dauerte dieses Kabinett — gerade genügend Zeit, um dem wachsenden Chaos Einhalt zu gebieten: der passive Widerstand wurde abgebrochen, die Notenpresse gestoppt, die neue feste Währung ins Leben gerufen.

Das Schlimmste schien überstanden. Nun zeigte das Bürgertum abermals sein wahres Gesicht. War durch die Sozialdemokratie das Chaos vermieden, so konnte man ja wieder „unter sich“, das heißt unter Anlehnung an die Deutschnationalen, gegen die Arbeiterklasse regieren. Vor allem in der Deutschen Volkspartei wurde planmäßig in diesem Sinne intrigiert. Das Zentrum ließ gewähren. Als Reichskanzler erkannte Stresemann das Törichte dieser Bestrebungen seiner eigenen Parteifreunde. Bald aber richtete sich die volksparteiliche Intrige gegen ihn, weil er an dem Gedanken der Großen Koalition festhalten wollte, von der er klar erkannte, daß sie allein instand wäre, die außenpolitische Lage zu meistern. Um aber nicht selber gestürzt zu werden, ließ Stresemann schließlich die Dinge ihren Lauf nehmen. Durch innenpolitische Provokationen wurde die Sozialdemokratie gezwungen, aus dem Reichskabinett auszuscheiden.

Sofort machte sich eine außenpolitische Verschärfung bemerkbar. Trotz Einstellung des passiven Widerstandes lehnte Poincaré die Räumung des Ruhrgebietes

ebenso hartnäckig ab wie die Zurücknahme der Ausweisungsbefehle gegen die deutschen Beamten, die aus dem besetzten Gebiet vertrieben worden waren.

In dieser neuen tragischen Situation entstand der kopflose, ja verbrecherische Plan, das gesamte besetzte Deutschland „versacken“ zu lassen.

Führende Politiker der bürgerlichen Parteien, ja sogar amtierende Minister traten dafür ein

Rhein und Ruhr „vorläufig“ preiszugeben,

keine Zahlungen für Beamtengehälter oder Sozialausgaben mehr an das besetzte Gebiet zu leisten.

Damals kursierte das Wort eines einflussreichen Politikers: „Wir müssen das Rheinland aufgeben — in 15 Jahren werden wir es uns mit Waffengewalt wieder holen!“

Es gehört zu den größten nationalen Taten der Sozialdemokratie, daß sie damals mit der letzten Energie gegen die „Versackungspolitik“ gekämpft und ihre Verwirklichung verhindert hat. Die Sozialdemokratie wurde übrigens darin lebhaft unterstützt durch Stresemann, der es ablehnte, diesen Wahnwitz mitzumachen.

Wäre man damals den Katastrophenpolitikern gefolgt, dann würden freilich die Separatisten, die ohnedies dank den Inflationswären mächtigen Zaun erhalten hatten, ihr Spiel leicht gewonnen haben. Denn die Reichsregierung hätte ihnen ja das stärkste Argument in die Hände gespielt, hätte ihnen ja indirekt recht gegeben.

Die Theorie, daß man sich das Rheinland nach fünfzehn Jahren „mit den Waffen in der Hand“ wieder holen würde, war ein typisch militaristisches Geistesprodukt. Die Leute, die so spekulierten, bauten auf die „Schwarze Reichswehr“, auf den Abschluß von Flugzeugen mittels magnetischer Fernwirkung, auf die Sprengung von Munitionsdepots durch Fernzündung, und auf ähnliche Phantasien über angebliche Neuerfindungen der Kriegstechnik.

Wer glaubt im Ernst, daß wir auf diese Art das einmal verlorene Rheinland nach 15 — oder auch nur nach 25 Jahren — wiedergewonnen hätten? Inzwischen wäre auch der Süden, wo Kahr, Hitler und Ludendorff zum Putsch und Bürgerkrieg rüsteten, abgefallen, die Reichseinheit wäre endgültig zerstört worden und die französischen Militaristen und Imperialisten wären so am Ziel ihrer Wünsche angelangt; es gäbe kein Deutschland mehr, sondern nur noch wie 190 Jahre zuvor, ein buntscheckiges Gemisch von kleinen und kleinsten Staaten. Und selbst, wenn durch ein Wunder

der Reichszerfall vermieden und nach einer Generation das Rheinland in einem neuen Krieg mit Waffengewalt wiedererobert worden wäre — wie viele Millionen deutscher Menschenleben wären dabei vernichtet worden!

Gerade heute, wo kaum sieben Jahre später das Rheinland, das man damals preisgeben wollte, auf friedlichem Wege, ohne blutige Opfer wieder befreit worden ist, ist es notwendig, an die damalige Zeit zurückzudenken, die viele Leute allzusehnell vergessen haben — besonders dann vergessen, wenn sie ein schlechtes Gewissen haben und deshalb lieber nicht daran erinnert werden wollen.

Die Sozialdemokratie aber hat allen Grund, das Gedächtnis des deutschen Volkes, besonders an Rhein und Ruhr, aufzufrischen — denn sie hat damals das einzige Deutschland gerettet und die Voraussetzung für die spätere friedliche Befreiung des Westens erst geschaffen.

Das Befreiungswerk der Internationale

Die ersten Menschen, die nach dem Kriege im Auslande für die Versöhnung mit Deutschland, für einen gerechten Frieden, für die unverzügliche Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen kämpften, waren die Sozialisten.

Daß sie unter dem Einfluß der Siegespsychose zunächst Rückschläge erlitten, war das Unglück des deutschen Volkes. Dafür versicherten hierzulande Deutsche und Kommunisten, die Sozialistische Internationale habe „versagt“. Sie verspotteten und verleumdeten um die Wette die deutsche Sozialdemokratie und fanden auch bei politisch unreifen Massen allzuleicht Gehör.

Selbst das gemäßigste Bürgertum beteiligte sich an diesem Spott. Es bedauerte zwar im Interesse Deutschlands, daß die französischen und englischen Sozialisten nicht stärker und einflußreicher wären, aber es war zugleich bestrebt, die deutsche Sozialdemokratie zu schwächen und ihren Einfluß zu untergraben. Denn in den Augen des Spießbürgers sind Sozialisten im Auslande eine durchaus erfreuliche Angelegenheit, aber im eigenen Lande sind sie Schädlinge. Daß der Fortschritt der Menschheit, daß der dauernde Frieden zwischen den Völkern nur möglich ist, wenn der Sozialismus in allen großen Ländern möglichst gleich stark ist und sich möglichst gleichmäßig aufwärts entwickelt, das wollen die Spießier natürlich nicht einsehen.

Aber hierin gleichen sie sich alle, ob Franzosen, Deutsche oder Engländer. Das Bekenntnis zur Internatio-

nale wird von der Reaktion in allen Ländern den Sozialisten des eigenen Landes als Mangel an nationaler Gesinnung, am liebsten gleich als „Landesverrat“ angekreidet. Vor jeder Wahl in Frankreich schreiben der „Temps“ und andere Organe der reaktionären Bourgeoisie, daß nur die deutschen Sozialdemokraten die Interessen ihres Landes im Auge hätten, während die französischen Sozialisten allein so dumm wären, die Internationale ernst zu nehmen, von der sie gar nicht merken, daß sie völlig unter deutschem Einfluß stehe. Und ähnlich stellen die englischen Die-hards-Blätter im Kampfe gegen die Labour Party die Dinge dar.

Für die Nationalisten in Frankreich, England, Belgien usw. war es sogar viel leichter, diese verleumderrische Anklage zu erheben, weil nach dem von Deutschland verlorenen Krieg die Internationale ganz naturgemäß die Aufgabe hatte, die Ungerechtigkeiten und Fehler der siegreichen alliierten Mächte zu bekämpfen und dem deutschen Volke zu Hilfe zu kommen.

Aber der Haß des deutschen Bürgertums und der deutschen Kommunisten gegen die SPD war so stark, daß sie es fertig brachten, diese Tätigkeit der Internationale in eine Arbeit zugunsten der Entente umzuliegen. Dabei wandte sich jede Resolution der Sozialistischen Internationale in klaren Worten gegen die Gewaltpolitik der Entente, gegen die einseitige Entwaffnung Deutschlands, gegen die Illusionen der offiziellen Reparationspolitik der Sieger.

Insbesondere forderten die beteiligten Parteien der Internationale bei jeder gemeinsamen Zusammenkunft die Räumung des Rheinlandes, und dies zu einer Zeit, in der fast das gesamte Bürgertum in den siegreichen Ländern es entschieden ablehnte, diesen Gedanken auch nur zu erwägen. So trat im Februar 1922 in Frankfurt am Main die Vertreter der sozialistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Englands, Belgiens und Italiens zusammen und entwarfen ein gemeinsames Friedensprogramm. Dieses Programm enthielt geradezu alle Gedanken, die vom Bürgertum viel später als richtig erkannt, zum Teil sogar verwirklicht wurden, zum Teil leider noch darauf warten, von den bürgerlichen Regierungen als richtig anerkannt zu werden.

Schon im Winter 1922 wurde in Frankfurt gemeinsam gefordert, daß die Reparationsverpflichtungen Deutschlands auf die Wiederaufbauarbeiten für die in Nordfrankreich und Belgien zerstörten Gebiete beschränkt werden sollten. (Das hätte einen Gesamtbetrag von höchstens 18 Milliarden ausgemacht an Stelle der 132 Milliarden des Londoner Ultimatus.) Die Resolution forderte weiter die Streichung der interalliierten Kriegs-

schuldten, mit denen man ja indirekt Deutschland belastete. Weiter wurde ein allumfassender Völkerbund und die Einführung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, die allgemeine — und nicht einseitig deutsche — Abrüstung verlangt. Und bezüglich der Rheinlandbesetzung hieß es in der Frankfurter Resolution:

„Das Prinzip der Gewaltpolitik ist durch die Ereignisse verurteilt. Die Politik der notwendigen gegenseitigen Hilfe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt und des Inkrafttretens des Systems des Wiederaufbaues durch das Zusammenwirken aller, hat die sofortige Aufhebung der militärischen Sanktionen zur Voraussetzung, die seinerzeit anlässlich des Ultimatus von London Deutschland aufgezwungen wurde, ebenfalls die Aufhebung der militärischen Okkupation, die nur zu leicht neue Okkupationen herbeiführen kann. Solche Okkupationen verletzen die Gefühle der Bevölkerung der besetzten Gebiete, verschlingen die von Deutschland für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete aufgebrauchten Mittel, erzeugen immer von neuem Haß gegenüber den Besetzenden und bergen in sich die Gefahr neuer Konflikte.“

Die Frankfurter Resolution sollte den Regierungen als Wegweiser für eine wirkliche Annäherungspolitik auf der bevorstehenden Konferenz von Genua dienen. Französische, belgische und englische Sozialisten forderten die Räumung des Rheinlandes als Antwort auf die Behauptung Poincarés, daß die Räumungsfristen noch nicht zu laufen begonnen hätten. Wie ernst es ihnen damit war, zeigte das Beispiel der belgischen Sozialisten, die unter Führung von Vandervelde demonstrativ aus der Regierung ausgeschieden waren, als sich Belgien an der Besetzung der drei Ruhrkohlenfelder beteiligt hatte. In Wort und Schrift, vor allem im Parlament, begannen die sozialistischen Parteien des Auslandes einen

einheitlichen Feldzug gegen die Rheinlandbesetzung.

Sie wurden von der reaktionären Bourgeoisie ihrer Länder als „Agenten Deutschlands“ beschimpft, genau so wie die deutschen Sozialdemokraten als „Agenten Frankreichs“.

Die Sozialistische Internationale war damals noch gespalten. Weniger wegen der aus der Kriegszeit selbst herrührenden Differenzen als wegen der verschiedenartigen Bewertung der revolutionären Ereignisse in Rußland und Deutschland. Dennoch kamen französische und deutsche Sozialisten, unbeschadet aller taktischen Gegensätze, zusammen, um wenigstens in der Außenpolitik ihren gemeinsamen Friedens- und Versöhnungswillen zu bekunden. Als sich wenige Monate nach Genua, unter dem Eindruck der Ermordung Rathenaus und der wachsenden reaktionären Gefahr, die deutschen Mehrheitssozialisten und

Unabhängigen wieder vereinigten, schlug auch für die Sozialistische Internationale die Stunde der Wiedervereinigung. Ehe es aber dazu kam, vollzog sich das europäische Unglück der Ruhrbesetzung. Die Wogen des Völkerhauses, von der bürgerlichen Presse planmäßig in Wallung gebracht, gingen wieder ebenso hoch als in den Kriegsjahren. Allein die Sozialdemokraten hüben und drüben predigten Vernunft und Verständigung. Im englischen Unterhaus griffen fast in jeder Sitzung MacDonald, Henderson, Wedgwood, Tom Shaw und andere die Passivität der Regierung Bonar Laws an, die Frankreichs Gewaltpolitik zwar nicht aktiv mitmachte, aber auch nichts tat, um sie zu verhindern. Wilde Szenen spielten sich in der französischen Kammer ab, als Léon Blum dem Protest der Arbeiterklasse seines Landes gegen den sich an der Ruhr austobenden Militarismus bereiten Ausdruck verlieh. Sozialistische Rechtsanwälte und Abgeordnete stellten sich ohne Zögern auf telegraphisches Ersuchen deutscher Arbeiterorganisationen als Verteidiger rheinischer Eisenbahner vor französischen Kriegsgerichten zur Verfügung. In allen Ländern wurde unter den Arbeitern gesammelt, um den streikenden Ruhrarbeitern zu helfen, um ihre hungernden Kinder aufzunehmen.

Mitten in dem Ruhrkampf, im März 1923, traten Vertreter der fünf hauptsächlich beteiligten Parteien in Berlin zusammen und entwarfen ein Programm politischer und finanzieller Art, das den Regierungen die Möglichkeit geben sollte, diese furchtbare Krise zu überwinden. In diesem Programm, das einige Wochen später, im Mai 1923, auf dem Gründungskongreß der wieder vereinigten Sozialistischen Arbeiterinternationale in Hamburg von der Gesamtheit der Internationale übernommen wurde, stand die Räumung des Rheinlandes an erster Stelle.

Damals, auf dem Höhepunkt des Ruhrkampfes, trat in Hamburg Léon Blum als Vertreter der französischen Delegation auf und forderte im Namen der französischen Arbeiterklasse die Räumung von Rhein und Ruhr. Ihm schlossen sich Henderson im Namen der englischen und Vandervelde im Namen der belgischen Sozialisten an. Konnte es einen schöneren Beweis der internationalen sozialistischen Solidarität geben als dieses auf deutlichem Boden abgelegte Bekenntnis, zumal in diesem Augenblick der entfesselten nationalen Leidenschaften? Zum Dank dafür wurden damals französische und belgische sozialistische Delegierte in den Straßen Hamburgs beschimpft und aus Gaststätten verwiesen! Denn, so wie es eine Internationale der Sozialisten gibt, gibt es auch eine Internationale des „patriotischen“ Pöbels.

Wo standen damals die französischen Klassengenossen der industriellen Volksparteier? Sie gehörten zu den ärgsten Scharfmachern des Nationalen Blocks, zumal die Ruhrbesetzung war allem in ihrem eigenen Interesse erfolgt war.

Und wo standen die französischen Katholiken, wie äußerte sich die Solidarität zwischen den Gläubigen der römischen Kirche? Reden wir lieber nicht darüber; denn in Frankreich ist Katholizismus seit jeher identisch mit äußerstem Nationalismus und fanatischster Reaktion. Das in Frankreich traditionelle „Bündnis zwischen Weihwedel und Säbel“ hat sich auch in den ersten fünf Jahren nach dem Kriege als die allgemeine Regel bestätigt, die durch wenige Ausnahmen nicht wiederlegt wurde. Dies soll gewiß nicht dem deutschen Zentrum zum Vorwurf gemacht werden.

Aber wir müssen feststellen, daß die einzige Weltanschauung, die sich in dieser trüben Zeit über die Landesgrenzen hinweg im Sinne der Völkerversöhnung und der internationalen Gerechtigkeit bewährt hat, die sozialistische war.

Der Umschwung

Die sozialistische Propaganda trug schließlich doch ihre Früchte. Als erstes bekam das englische Volk Gelegenheit, seinen Fehler von den „Khakiwahlen“ wieder gutzumachen. Anfang Dezember 1923 gab es bei den allgemeinen Neuwahlen zum Unterhaus einen „roten Erdrutsch“. Die sozialistische Labour Party kam mit nahezu 200 Mandaten ins neue Parlament. Eine Mehrheit ohne sie war nicht möglich. Konservative und Liberale zogen daraus die Konsequenzen und überließen der Arbeiterpartei, die freilich selber nur über eine Minderheit verfügte, die Regierung.

Mit dem Regierungsantritt Macdonalds im Januar 1924 vollzog sich der außenpolitische Umschwung in Europa.

Frankreich fürchtete die Isolierung, und Poincaré zeigte sich jetzt weniger unversöhnlich. Er nahm den Vorschlag eines internationalen Sachverständigenausschusses zur Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit an. Bald danach wachte auch die französische Demokratie auf, sie erkannte ihren Fehler von 1919 und wählte im Mai 1924 eine starke Linksmehrheit, auf die die Sozialisten, ohne der neuen Regierung Herriot anzugehören, den stärksten Einfluß ausübten.

Allerdings war acht Tage vor den französischen Wahlen auch der Deutsche Reichstagnung gewählt worden. Die schweren Nöte und Enttäuschungen, die das deutsche Volk in den ersten vier Nachkriegsjahren infolge der Gewaltpolitik Poincarés durchmachen mußte und für die eine gemeine Demag

ogie von rechts und links planmäßig die Sozialdemokratie verantwortlich gemacht hatte, drückten sich in dem Ergebnis der Wahlen deutlich aus: 108 Deutschnationale, 32 Völkische, 62 Kommunisten rückten in das Parlament ein und machten es arbeitsunfähig. Das Mißtrauen in den Ententestaaten gegen die mächtig emporgewachsene nationalisierende Reaktion fand eine neue und billige Nahrung in den schwadronierenden Redensarten der Rechtsparteien und in den Kundgebungen der sogenannten „Vaterländischen“ Verbände.

Dennoch gelang es, auf der Londoner Reparationskonferenz unter dem Vorsitz von Macdonald die provisorische Regelung der Reparationsfrage nach den Vorschlägen des Dawes-Komitees zu erreichen, die nach allgemeinem Urteil einen ungeheuren Fortschritt gegenüber der bisherigen Politik von Diktaten und Sanktionen darstellten.

Durch das Londoner Abkommen wurde auch die Räumung des Ruhrgebietes erreicht.

Unvergeßlich wird das groteske Schauspiel bleiben, das dem Reichstag damals geboten wurde. Die sogenannten Dawes-Gesetze, die er zu ratifizieren hatte, mußten mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden, weil sie zum Teil verfassungsändernde Bestimmungen enthielten. Fiel das Londoner Reparationsabkommen, dann blieb das Ruhrgebiet besetzt, und der Hexentanz der Inflation konnte von neuem beginnen.

Kommunisten, Deutschnationale und Völkische — so nannten sich damals die Nazis, die noch nicht entdeckt hatten, daß sie eine „sozialistische“ und eine „Arbeiterpartei“ seien — hatten es in der Hand, mit vereinten Kräften diese „Versklavung Deutschlands“ abzuwenden.

Für die Kommunisten war das eine Schicksalsfrage, denn sie konnten ja nur auf dem Boden der allgemeinen Not und Verzweiflung gedeihen. Ihre Losung lautete damals: „Kampf am Rhein! Schulter an Schulter mit der russischen Roten Armee gegen den französischen Imperialismus.“ Mit dieser Parole, die Karl Radek und Graf Reventlow ernsthaft und öffentlich diskutierten und die die damals in der KPD, allmächtige Ruth Fischer vor begeisterten nationalistischen Studenten propagierte, hätte man freilich das vollendete Chaos innerhalb von wenigen Tagen erreicht.

Die Deutschnationalen hatten bis zuletzt freilich geschworen, daß sie den Dawes-Plan niemals anfechten würden. Aber vor der Drohung mit Neuwahlen, die unter der Parole: „Für oder gegen die Ruhrbefreiung“ stattgefunden hätten, fiel ihnen das Herz in die Hosen. Sie kommandierten

in der entscheidenden Schlußabstimmung genau die Hälfte ihrer Fraktion zum Ja-Sagen ab, freilich nicht ohne sich insgeheim von den ihnen stets würdelos nachlaufenden Volksparteilern vier Ministerportefeuilles in der künftigen Reichsregierung gesichert zu haben.

Trotzdem Neuwahlen im Dezember 1924 einen wesentlich vermünftiger zusammengesetzten Reichstag ergeben hatten, glaubten die Mittelparteien, dieses unmoralische Versprechen erfüllen zu müssen. Eine Bürgerblockrierung Marx-Stresemann-Schiele kam ans Ruder. Stresemann, der sich außenpolitisch sehr weit nach links entwickelt hatte, griff nun den zuerst von der Sozialdemokratie aufgeworfenen Gedanken eines gegenseitigen Garantipaktes der westeuropäischen Mächte und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund auf. Die Deutschnationalen machten diese Friedenspolitik neun Monate lang stillschweigend mit, weil sie in der Regierung Agrarzölle durchsetzen wollten. Kaum hatten sie dieses Ziel erreicht, taten sie plötzlich sehr erschreckt über den geplanten Verzicht auf eine Wiedereroberung Elsaß-Lothringens. Dabei wußte seit Monaten jedes Kind, daß dies einer der wichtigsten Bestandteile des geplanten Rheinpaktes war. Nachdem nun dieser große außenpolitische Fortschritt, durch den auch die Räumung der Kölner Zone erreicht wurde, in Locarno erzielt worden war, brachen sie aus der Regierung aus und protestierten förmlich gegen diese „würdelose“ Verzichtspolitik. Selbst ihr Minister Schiele, der acht Monate lang als Kabinettsmitglied alles gewußt und mitgemacht und sogar nach der Konferenz wörtlich sein „lauteres, freudiges Ja!“ ausgesprochen hatte, verlegnete es 48 Stunden später und stimmte im Plenum des Reichstages für das Mißtrauensvotum gegen seine Ministerkollegen! Man bezeichne nicht dieses Verhalten als charakterlos. Denn wie müßte man erst das Verhalten jener Mittelparteien nennen, die Herrn Schiele ein Jahr später wieder als „Kollegen“ in einem neuen Bürgerblockkabinet begrüßten!

Zur Durchführung der Locarno-Politik gehörte der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Liquidierung der letzten Entwaflungsvorschritten. Mit den Deutschnationalen war das nicht zu machen, da sie wieder einmal „nationale Tugend“ markierten. Man brauchte dazu die sozialdemokratischen Stimmen. Hätte die Sozialdemokratie ähnlich den bürgerlichen Parteien nach innerpolitischen Gesichtspunkten gehandelt — und angesichts ihrer bisherigen Erfahrungen hätte sie wohl Anlaß dazu gehabt —, dann hätte sie den Bürgerlichen gesagt: „Seht wie ihr allein mit der eingeleiteten Außenpolitik fertig werdet!“

Aber eine solche Haltung hätte der gesamten wahrhaft nationalen Politik der Sozialdemokratie widersprochen. Es waren ja zum großen Teil ihre Ideen, die mit dem Rheinpakt von Locarno und mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verwirklicht wurden. Nur so ließ sich die Räumung des gesamten Rheinlandes erreichen, die für die sozialdemokratische Arbeiterschaft ein inniger Herzenswunsch und kein bloßer Gegenstand zu innerpolitischen Kuhhandel und Ministerportefeuilles, erhöhten Zöllsätsen und rückschrittlichen Kulturvorlagen war.

So gab die Sozialdemokratie ihre 131 Stimmen im Laufe des Jahres 1926 wiederholt für eine Regierung ab, die zwar innerpolitisch nach rechts schielte, aber außenpolitisch auf dem richtigen Wege war. Mehr als einmal hat Gustav Stresemann diese Uneigennützigkeit der Sozialdemokratie öffentlich anerkannt.

Freilich, als durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und durch die Erledigung der Abrüstungsbestimmungen die Räumung der Kölner Zone gesichert war, da stellten sich die Deutschnationalen schleunigst wieder „auf den Boden der Tatsachen“ und unter dem erstbesten Vorwand willigten die „charaktervollen“ Mittelparteien in eine neue Bürgerblockregierung ein.

Diese Regierung Marx-Schiele hat anderthalb Jahre regiert. In dieser ganzen Zeit ist aber nicht der leiseste Versuch unternommen worden, die beschleunigte Räumung des gesamten Rheinlandes zu erreichen.

Mindestens viermal im Jahre 1927 und noch ein weiteres mal zu Beginn des Jahres 1928 kam Stresemann mit Brand und Chamberlain zusammen. Er hat das Problem nicht ein einziges Mal ernsthaft angeschnitten, keinen einzigen offiziellen Schritt in dieser Richtung unternommen.

Und er wußte nur zu gut, weshalb er dies unterließ. Es war ihm klar, daß das Ausland diese Reichsregierung, in der die Deutschnationalen mit vier Ministern vertreten waren und die stärkste Koalitionspartei bildeten, mit dem tiefsten Mißtrauen beurteilte. Er wußte, daß ein offizielles Gesuch um frühere Rheinlandräumung sicher negativ beantwortet werden würde und damit spätere Möglichkeiten verschüttet wären.

Und was taten die „patriotischen“ Deutschnationalen in dieser Zeit? Zwangen sie etwa, wie es in ihrer Macht als stärkste Koalitionspartei war, Stresemann zur Erfüllung ihres außenpolitischen Programms, das nicht nur die sofortige Räumung, sondern auch den famosen „Wiederruf der Kriegsschuldliche“, die Rückgabe der deutschen Kolonien, die „Wehrhaft-

machung" Deutschlands und andere demagogische Forderungen enthielt? Nein, nichts taten sie in diesem Sinne. Sie kuschelten vor jeder Ratsitzung und beschwerten sich erst nachher über das „Fiasko“ der Verständigungspolitik. Sie schrien sich die Kehlen wund über die Unmöglichkeit der Erfüllung der Dawes-Lasten, aber irgendeinen Schritt im Sinne der Milderung dieser Lasten veranlaßten sie als stärkste Regierungspartei nicht.

Millionen von deutschen Wählerinnen und Wählern, die auf die früheren Wahlversprechungen der Hugenberg-Westarp-Partei hereingefallen waren, durchschauten endlich dieses traurige Spiel: die Reichstagswahlen vom Mai 1928 brachten eine wesentliche Stärkung der Sozialdemokratie und eine empfindliche Schwächung der Deutschnationalen.

Die Sozialdemokratie stellte den neuen Reichskanzler in der Person von Hermann Müller. Zehn Wochen nach seinem Amtsantritt, bei der ersten Gelegenheit einer Zusammenkunft mit Briand in Genf, beantragte Hermann Müller sowohl die Neuregelung der Reparationsfrage unter Herabsetzung der deutschen Lasten wie auch die Räumung der zweiten und dritten Zone.

Dabei waren die Umstände auf der Gegenseite insofern wesentlich ungünstiger geworden, als die Neuwahlen in Frankreich einen gewissen Ruck nach rechts gebracht hatten. Poincaré regierte wieder, ein zwar relativ vernünftiger gewordener Poincaré, aber noch immer voll von Vorurteilen gegen Deutschland. Und in England regierten noch die Konservativen, die sich außenpolitisch durch Chamberlain völlig im Schlepptau Frankreichs befanden.

Dennoch erklärte sich die Gegenseite grundsätzlich bereit, über die deutschen Wünsche zu verhandeln. Ein neues Sachverständigenkomitee wurde eingesetzt, um die deutsche Reparationsschuld endgültig festzusetzen, d. h. zu ermäßigen. Und auch über die Durchführung der Entmilitarisierungsklauseln des Friedensvertrages nach dem Abzug der Besatzungstruppen sollte verhandelt werden.

Innerhalb eines Jahres wurde das Genfer Programm vom September 1928 durchgeführt, obwohl sich naturgemäß, besonders bei den finanziellen Fragen, erhebliche Schwierigkeiten ergaben. Dagegen erwiesen sich die gefürchteten Schwierigkeiten hinsichtlich der Entmilitarisierung des Rheinlandes als unbegründet. Frankreich ließ seinen ursprünglichen Plan einer Kontrollkommission fallen und begnügte sich mit einem auch Deutschland annehmbaren Schiedsgerichtsverfahren.

Es soll hier nicht die Diskussion über den Young-Plan abermals eröffnet werden, die noch in aller Erinnerung ist. Mit Ausnahme der Deutschnationalen, die bei ihrem niederträch-

tigen Volksbegehren vor keiner Lüge zurückgeschreckt sind, erkennt die ganze Welt den weiteren beträchtlichen Fortschritt, den der Young-Plan im Vergleich zu dem Dawes-Plan und erst recht zum Londoner Ultimatum von 1921 für Deutschland bedeutet. Auf den Pariser Sachverständigen-Verhandlungen und auf den beider Haager Konferenzen hat man alles herausgeholt, was nach Lage der Dinge erreicht werden konnte. Die Deutschnationalen, die den Dawes-Plan am 29. August 1924 durch die Abkommandierung der Hälfte ihrer Fraktion erst ermöglicht haben, und die als stärkste Regierungspartei vom Januar 1927 bis Juni 1928 nichts getan haben, um seine Milderung zu erreichen, haben kein Recht, auch nur ein Wort der Kritik an dem neuen „Tributplan“ zu verlieren, der unsere Leistungen um durchschnittlich ein halbe Milliarde jährlich ermäßigt hat.

Bei dem Volksbegehren über das schamlose Zuchthausgesetz, das sich frech „Freiheitsgesetz“ nannte, ebenso wie bei allen Entscheidungen im Reichsrat und im Reichstag standen folgende Fragen zu Beantwortung:

Wer für eine weitere Reparationslast von 2,5 Milliarden jährlich — gemäß dem Dawes-Plan — ist, der ist gegen das Werk vom Haag.

Wer für eine Reparationslast von 2 Milliarden jährlich ist — nach dem Neuen Plan —, der stimmt dem Werk vom Haag zu.

Wer für die weitere Bestetzung des Rheinlandes bis zum Januar 1935 ist, der stimmt mit den Deutschnationalen, den Volkskonservativen, den Nationalsozialisten, den Kommunisten und den Wirtschaftsparteiern gegen das Haager Abkommen.

Wer für die Räumung des gesamten Rheinlands bis spätestens den 30. Juni 1930 ist, der stimmt mit der Regierung Hermann Müller.

Nur eine lächerlich kleine Minderheit, die zum Teil unter dem Druck des schlimmsten ostelbischen Terrors stand, folgte der Parole Hugenbergs, Hitlers und Schieles, die jeden Beirworter des Young-Planes zum „Landesverräter“ stempelten und ihn mit Zuchthaus bestrafen wollten. Die große Mehrheit der deutschen Volksvertretung hat unter der Führung der Sozialdemokratie das Werk vom Haag ratifiziert.

Damit war — nach Überwindung der letzten Schwierigkeiten im Innern — die Bahn endlich frei für die Wiederherstellung der vollen deutschen Souveränität im ganzen Deutschen Reiche. Nur das Saargebiet hart noch seiner Befreiung, aber es ist kein Zweifel daran, daß die Stunde seiner Wiedervereinigung mit dem gesamten Vaterlande noch schlagen wird. Wenn die Franzosen klug sind, werden sie nicht bis zum festgesetzten äußersten Termin von 1935 warten, bei dem

eine Volksabstimmung stattfinden soll, die mit einem vernichtenden Urteil über die „Zwischenlösung“ von Versailles enden wird. Alle Vertreter der Saarbevölkerung äußern die Gewissheit, daß das Plebiszit sich zu einem nahezu einmütigen Bekenntnis zu Deutschland gestalten würde. Meinungsverschiedenheiten gibt es unter ihnen nur darüber, ob die Mehrheit 97, 98 oder 99,5 Prozent betragen würde.

Gruß an das freie Rheinland!

Nun läuten die Glocken am Rhein, die Freudenfeuer leuchten auf, die Bollerschüsse knallen, die Fahnen flattern im Wind:

Der Rhein ist frei!

Wir alle gönnen unseren Landsleuten in der Westmark von Herzen ihre Freude und teilen sie. Sie haben oft und lange genug Demütigungen erlitten, sie haben oft und lange genug die Stunde ersehnt, in der die letzte fremde Uniform aus ihrem Gesichtskreis verschwunden sein würde. Sie haben ein Recht, zu jubeln.

Wir werfen nochmals einen Blick zurück auf die Zeit vor elf Jahren, als Foch mit dem ungeheuren Prestige, das ihm seine Eigenschaft als Oberkommandierender der siegreichen alliierten Heere verlieh, die politische Lostrennung des linken Rheinufers vom Deutschen Reiche schiebeterisch forderte. Wir erleben nochmal im Geiste die Jahre, in denen die Besetzung als Mittel zur Loslösung benutzt wurde. Wir erinnern uns der These Poincarés, daß die Räumungsfristen erst nach der Bezahlung des letzten Reparationspfennigs zu laufen beginnen würden. Wir erinnern uns an die Separatistenputsche, an die „Sanktionen“, an die „Versackungspolitik“.

Wissen die Menschen, die heute die restlose Befreiung des Rheinlandes 4½ Jahre vor dem äußersten Termin von 1935 geringschätzen oder gar als gleichgültig hinstellen, daß noch im Frühjahr 1924 die französische Militärverwaltung in Düsseldorf und Essen Pachtverträge für Kasernen und Offizierkasinos auf die Dauer von fünfzehn Jahren abschloß? So selbstverständlich erschien es den Franzosen, daß selbst das Ruhrgebiet keinesfalls vor 1940 geräumt werden würde!

Nur wer diese Tatsachen bedenkt, wird ermaßen können, was der jetzt erzielte außenpolitische Erfolg für eine ungeheure Leistung bedeutet.

Nun erscheinen im Gehrock und im Zylinder die Herren der gegenwärtigen Reichsregierung und auch Herr Held aus München im befreiten Rheinland und beglückwünschen Rheinländer, Hessen und Pfälzer zu ihrer wiedergewonnenen

Freiheit — und sie lassen sich selbst dazu beglückwünschen und den Dank dafür aussprechen.

Aber nicht alle, die sich heute als Befreier der rheinischen Bevölkerung zeigen, besitzen ein Recht dazu.

Wieder einmal ist nach Erreichung einer wichtigen außenpolitischen Etappe die Sozialdemokratie von den anderen Parteien als überflüssig empfunden worden. Sie macht sich wenig daraus, denn sie ist daran gewöhnt: die gesamte hier geschilderte elfjährige Geschichte der Befreiung des Rheinlandes beweist es zur Genüge: Auf die „Dankbarkeit“ des Bürgertums hat sie nie gerechnet, dafür hat sie eben die Interessen der Nation stets höhergestellt als die taktischen Interessen der Partei.

In der neuen Bürgerblockregierung sitzen mindestens drei Minister, die zehn Jahre lang zusammen mit ihren Parteien so gehandelt haben, daß es, wenn überhaupt, zur Räumung des Rheinlandes vor 1935 keinesfalls gekommen wäre.

Der Reichsernährungsminister Schiele und der Reichsminister für die besetzten Gebiete (!) Treviranus haben bis vor kurzem der Deutschnationalen Partei angehört, deren gesamte Politik eine einzige Bekämpfung der Verständigungsidee war.

Es war der deutschnationale Führer Hergt, der in den Tagen des Kapp-Putsches, als man ihm vorhielt, daß dieses Abenteuer von Landsknechten den Abfall des Rheinlandes nach sich ziehen würde, achselzuckend erwiderte: „Dieses Reich ist doch nicht mehr zusammenzuhalten. Was wir brauchen, ist ein starker, nationaler, preußischer Osten.“

Diese ostelbischen Gedankengänge waren auch für die Geistesrichtung derer maßgebend, die drei Jahre später Rhein und Ruhr „versacken“ lassen wollten.

Die Herren Schiele, Treviranus und Bredt und deren Parteien haben gegen das Londoner Abkommen von 1924 gestimmt, gegen Locarno, gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und schließlich gegen das Werk vom Haag.

Sie haben nicht das mindeste Recht, heute die „Befreier“ zu markieren. Am meisten gilt das für Herrn Schiele, der als Vorsitzender des Landbundes zusammen mit Hugenberg und Hiltel dem „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren“ angehörte, der die Befürworter des Elanger Abkommens als Landesverräter mit Zuchthaus bedrohte.

Dieses Volksbegehren nannte Stresemann kurz vor seinem Tode „eine Infamie“. Aber wenige Monate nach seinem Tode sitzt die Partei Stresemanns einträchtig zusammen mit einem der Haupturheber dieser „Infamie“ in einem Kabinett!

Die Sozialdemokratie nimmt gewiß nicht für sich allein das Verdienst an der Rheinlandbefreiung in Anspruch. Sie weiß, was das deutsche Volk den Männern und Parteien schuldet, die mit ihr zusammen an diesen schwierigen Werke mitgewirkt haben. Sie vereint sich vor dem Andenken der Märtyrer der Erfüllungs- und Annäherungspolitik, des Zentrumsmannes Matthias Erzberger und des Demokraten Walther Rathenau, die ihren Klarsicht und ihren Mut damit bezahlten, daß sie von schwarzweißroten Meuchelmördern niedergestreckt wurden. Sie erkennt insbesondere die hohen Verdienste eines Gustav Stresemann an, der sich von einer ganz anderen Ideenwelt zur Erkenntnis der notwendigen Völkerverständigung durchgerungen hatte und der große und einflußreiche Teile des Bürgertums für diese Politik unermüdet um sich sammelte. Sie weiß, daß Stresemann, dem es oft genug von Teilen seiner eigenen Partei besonders schwer gemacht wurde, auch gesundheitlich von seinen politischen Gegnern zu Tode gehetzt wurde, genau wie Friedrich Ebert.

Die Sozialdemokratie weiß auch die Loyalität eines Mannes zu schätzen, der aus einem ganz anderen Lager stammt und dem es sicher nicht leicht gefallen sein mag, die Wege der Verständigungspolitik mit zu beschreiten: Paul von Hindenburg hat sich in den letzten fünf Jahren als ein verfassungstreuere Reichspräsident erwiesen, der, trotzdem er immer wieder von seinen früheren Freunden darum bestürmt wurde, der jetzt mit dem Erlöse der Rheinlanddrängung gekrönten Politik keine Schwierigkeiten bereitet hat.

Aber bei aller Anerkennung der Verdienste anderer darf die deutsche Sozialdemokratie ohne Selbstüberhebung, aber auch ohne falsche Bescheidenheit die Befreiung des Rheinlandes in erster Linie als ihr Werk bezeichnen. Die ganze geschichtliche Entwicklung der letzten elf Jahre liefert dafür den hundertfachen Beweis.

Die deutsche Sozialdemokratie, und mit ihr die Sozialistische Internationale, die ihr dabei tatkräftig und mutig geholfen hat, begrüßt deshalb mit besonderer Freude die endlich wieder freien deutschen Brüder und Schwestern am Rhein.

Sie hat am allermeisten ein moralisches Recht dazu.

Und die breiten Massen des deutschen Volkes werden es ihr danken!

